

QUEERAMNESTY

RUNDBRIEF DER DEUTSCH-
SPRACHIGEN AMNESTY
INTERNATIONAL-LGBTI-GRUPPEN
AUSGABE NR. 53/SOMMER 2016

AMNESTY
INTERNATIONAL



Queeramnesty-Mitglieder aus Deutschland, Österreich und der Schweiz demonstrieren im November 2015 auf dem Queeramnesty-Bundestreffen in Hamburg für die Menschenrechte von LGBTI

EINE LGBT-KONFERENZ UND DIE UKRAINE

Ausgabe Nr. 53/Sommer 2016

Titelthema: LGBT-Konferenz und die Ukraine

Alltäglicher Horror in Bangladesch

Ermittlungen gegen Hassverbrechen:
Rumänien verurteilt

Kamerun: Inhaftiert wegen
Homosexualitätsvorwurf

Anstieg der Morde in Honduras

El Salvador: Menschenrechts-
verteidiger_innen im Visier

Die Generalsekretärin von
Amnesty International Deutschland
bei der Teddy-Preisverleihung

IM MÄRZ FAND IN KIEW EINE KONFERENZ ZU DEN THEMEN LGBT-MENSCHENRECHTE UND INTEGRATION DER UKRAINE IN EUROPA STATT

Die Konferenz wurde durch die LGBT-Organisation Nash Mir mit Unterstützung der britischen und norwegischen Botschaften organisiert. Sprecher_innen aus der Tschechischen Republik, Litauen, der Republik Moldau und Polen sprachen zur Lage in ihren Ländern.

Die Hauptrednerin Sophie in't Veld¹ eröffnete die Konferenz mit den Worten: „[...] es ist erst drei Jahre her, dass ein Anti-Propaganda Gesetz nach dem russischen Muster im ukrainischen Parlament besprochen wurde. [...] Man muss mehr tun, um die Verhaltensweisen zu ändern. LGBT-Menschen muss das Gefühl ermöglicht werden, dass sie wirklich sicher und frei sind. Wenn



Links: Podiumsdiskussion auf der LGBT-Konferenz in Kiew im März 2016.

Rechts: Der erste LGBT-Pride in Kiew überhaupt fand im Mai 2013 statt. 50 LGBT-Aktivist_innen nahmen an der Demonstration teil, obwohl diese von lokalen Behörden verboten wurde.

jemand Angst vor Gewalt, Diskriminierung oder Ausschluss hat, so ist die Person nicht wirklich frei um zu sein, wer sie ist.“

Auch der stellvertretende ukrainische Minister für Justiz, Serhily Petukhov, sprach auf der Konferenz: „[...] die Frage von Nicht-Diskriminierung im Allgemeinen und LGBT-Menschenrechten im Besonderen ist ein Teil der politischen Tagesordnung geworden. [...] Wir können es uns nicht aussuchen, welche Menschenrechte wir schützen; Rechte und Freiheiten müssen für alle garantiert werden.“

Neben dem Schutz der Menschenrechte für LGBT betonte der Minister, dass der Kampf gegen die weit verbreitete Korruption von extremer Wichtigkeit sei.

Es gibt viel zu tun, um LGBT-Menschen vor Diskriminierungen zu schützen. So haben nach einer Umfrage ca. 60% der Bevölkerung negative Einstellungen gegenüber LGBT-Menschen, lediglich 3% äußerten eine positive Meinung. In ländlichen Gebieten haben sogar 67% der Menschen eine negative Einstellung, in den Städten sind es nur 54% bis 58%.²

Viele Redner_innen auf der Konferenz berichteten von aktuellen Problemen, aber auch von errungenen Fortschritten seit dem Kiewer Marsch für Gleichheit 2015. Als „Ursachen“ für die Schwierigkeiten sind vier Punkte zu benennen:

- ▶ konservative und fundamentalistische Einstellungen innerhalb der orthodoxen Kirche
- ▶ Korruption und die schwächelnde Wirtschaft³
- ▶ Propaganda im Russischen Fernsehen
- ▶ Angriffe auf die territoriale Integrität der Ukraine

Zu den Fortschritten gehört im Arbeitsrecht die Verabschiedung des Gesetzesentwurfs zum Verbot der Diskriminierung von LGBT am Arbeitsplatz. Doch Nash Mir zufolge waren Vertreter der orthodoxen Kirche alarmiert durch den Versuch dieser Gesetzesänderung und riefen Parlamentarier auf, es nicht zu verabschieden.

Ein Teilnehmer erwähnte den Krim-Konflikt und stellte die Frage, wie es möglich sein kann, dass viele Schwule den russischen Einmarsch unterstützten, obwohl Homosexualität in Russland teilweise verbannt ist. Er stellte die These auf, dass kulturelle Identität und Glaube stärker seien als die Zugehörigkeit zur LGBT-Gruppe und zu ethnischen Gefühlen. Ein Redner aus dem besetzten Gebiet berichtete, dass Klubs und Cafés geschlossen seien und sich viele zu Hause in Todesangst einschließen würden.

Der Einfluss des russischen Fernsehens wurde unter anderem vom stellvertretenden Minister für Justiz der Ukraine betont: „Es ist bekannt, dass manche unserer Nachbarn sehr engstirnige Maßnahmen in Bezug auf Nicht-Diskriminierung haben. [...] die russischen Medien [...] benutzen die LGBT-Themen als eine der Hauptgründe gegen die Ukraine“.

Der Autor des Artikels sprach auf der Konferenz über die Wichtigkeit von Kultur, Ausstellungen, Filme etc. in Kampagnen von Queeramnesty. Insgesamt war es eine lohnenswerte, bildende und interessante Konferenz, die hoffentlich die ukrainischen LGBT-Menschen und ihre Bewegung gestärkt hat.

Queeramnesty und die deutsche Amnesty Ukraine-Gruppe planen im Herbst eine öffentliche Veranstaltung mit einem LGBT-Aktivisten aus der Ukraine und weitere Gespräche. ■

1 Mitglied des Europäischen Parlaments; Vizepräsidentin der interfraktionellen Arbeitsgruppe des EU-Parlaments für LGBT-Fragen (kurz: LGBT Intergroup).

2 Quelle: Beilage zu Konferenz basierend auf Forschungen des Kiev International Institute of Sociology.

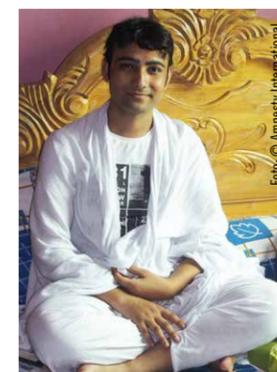
3 Das Bruttoinlandsprodukt der Ukraine schrumpfte um mehr als 12%. Die Währung verlor über die Hälfte ihres Wertes „[...] was der Mehrheit der Ukrainer_innen weitere Not brachte. Die Lebensbedingungen in den von Separatist_innen kontrollierten Gebieten sanken weiterhin deutlich.“ (zitiert nach dem Amnesty Jahresbericht 2015/2016).

PS: Die Gewalt gegen LGBT-Personen wurde nur drei Tage nach der Konferenz in Kiew bitter bestätigt, als in Lwiw ein schwul-lesbisches Kulturfest in einem Hotel von 200 rechts orientierten Schlägern gestürmt wurde, so dass die Polizei die Teilnehmer_innen in Bussen evakuieren musste. Amnesty Ukraine sagte zum Vorfall: „Diese Gewalt gegen die LGBT-Gemeinschaft wird durch die Straffreiheit der Täter befördert.“ Die Polizei teilte laut örtlichen Medien mit, dass keiner der Angreifer festgenommen wurde, jedoch hätten die Beamten „pädagogische Gespräche“ mit ihnen geführt.

Text: Colin de la Motte-Sherman

ALLTÄGLICHER HORROR IN BANGLADESCH

„ICH DACHTE, ICH WÄRE DER EINZIGE MANN, DER MÄNNER BEGEHRT. ICH DACHTE, ICH WÄRE PERVERS. ICH DACHTE, ICH MUSS AUFHÖREN ODER MICH SELBST TÖTEN“



Bei seinem persönlichen Bericht wurde Chisty sehr emotional. Alle konnten fühlen wie hart es für ihn war seine Geschichte mit uns zu teilen. Trotzdem wollte der LGBT-Aktivist über seine persönlichen Erfahrungen bei einer Veranstaltung von Queeramnesty Berlin im Sonntagsclub sprechen.

Bernhard Hertlein, Bangladesch-Experte von Amnesty International half uns, Chistys Erzählungen in den richtigen Kontext zu setzen, indem er uns zunächst eine Einführung in die Situation Bangladeschs gab.

Homosexualität ist in Bangladesch mit langjährigen Haftstrafen bedroht – durch den 1860 eingeführten, aus der britischen Kolonialzeit stammenden Paragraphen 377 („unnatürliches Sexualverhalten“). 10 Jahre können verhängt werden. Weitaus häufiger sind Anklagen wegen Verbreitung „unislamischer“ Propaganda und Verletzung religiöser Gefühle. Gewalt und auch Morde

durch nicht-staatliche Akteure bedrohen kritische Journalist_innen, Atheist_innen und LGBT-Personen. Sie werden kaum von der Polizei geschützt.

Auch an Chisty ging der alltägliche Horror für LGBT in Bangladesch nicht vorbei. Obwohl er immer die Unterstützung seiner Mutter hatte, zwang sein Vater ihn (einen Atheisten) den Islam zu studieren und grausame ‚medizinische Behandlungen‘ gegen Homosexualität über sich ergehen zu lassen. Er wurde gemobbt und geschlagen, einmal sogar gekidnappt und brutal gefoltert. Chisty musste nach Malaysia fliehen, aber die Bedingungen waren nicht viel besser. Zum Schluss versteckte er sich vor Islamisten und der Polizei, da er um sein Leben fürchtete.

Trotz all dieser Repressionen hat er unerbittlich dafür gekämpft, über LGBT-Themen und Diskriminierung im Allgemeinen aufzuklären. Seine bewegende Geschichte weckte viel Interesse unter den Anwesenden, sodass sich eine lange Fragerunde anschloss.

Wir wünschen ihm viel Glück und unterstützen ihn in seinem Kampf für die Menschenrechte. Denn, wie wir wissen: Liebe ist ein Menschenrecht! Jan Jason

Ein führender Schwulenaktivist und Chefredakteur beim einzigen LGBT-Journal in Bangladesch – Xulhaz Mannan – ist einer von zwei Menschen, die in Dhaka zu Tode zerstückelt wurden. Ein zweites Opfer – Tanay Mojumdar – war ein Mitarbeiter des Journals Roopbaan. Beide Männer waren offen schwul. Eine Untergruppe von Al-Kaida auf dem indischen Sub-Kontinent hat sich zu den Mordtaten bekannt.

(Quelle BBC 25 April 2016)



LGBT-Aktivist auf dem
Pride in Bukarest 2006

ERMITTLUNGEN GEGEN HASSVERBRECHEN: RUMÄNIEN VERURTEILT

LAUT DEM EUROPÄISCHEN GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE (EGMR) WAREN DIE ERMITTLUNGEN DER RUMÄNISCHEN POLIZEI IM FALL DES ANGRIFFS AUF ZWEI TEILNEHMER DES BUKAREST-PRIDE IM JUNI 2006 INEFFEKTIV, VON MÄNGELN GEKENNZEICHNET UND LEGTEN EIN VERSAGEN DER ERMITTLUNGSBEHÖRDEN OFFEN, IN DER HINSICHT, VORURTEILE GEGENÜBER LGBTI BEI DER UNTERSUCHUNG DER TATMOTIVE IN BETRACHT ZU ZIEHEN (Urteil vom 12.04.2016).

In Juni 2006 wurde ein Paar auf seinem Heimweg nach dem Bukarester-Pride in der Metro von einer Gruppe von sechs Personen angegriffen. Beide sahen sich mit homophoben Beleidigungen konfrontiert, wurden geschlagen und mit Füßen getreten. Die beiden Opfer hatten den Angriff sofort bei der Polizei gemeldet und auch Fotos von den Tätern sowie andere Beweismittel der Polizei überreicht.

In seinem Urteil stellte der EGMR fest, dass das Versagen der rumänischen Behörden, den Fall und die potentiell diskriminierenden Tatmotive effektiv zu untersuchen, einen Bruch des Artikels 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Verbot von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung) in Zusammenhang mit Artikel 14 (Diskriminierungsverbot) darstellt.

Darüber hinaus erklärte das Gericht, dass bei den Ermittlungen angesichts des feindseligen Klimas in Rumänien gegenüber LGBTI die Untersuchung eines diskriminierenden Motivs unerlässlich gewesen wäre. Das Gericht erklärte weiterhin, dass wenn Hassverbrechen nicht von Gewaltangriffen, denen keine Vorurteile zugrunde liegen, unterschieden würden, diese Nichtbeachtung der diskriminierenden Tatmotive einer Gleichgültigkeit gegenüber Hassverbrechen und einer staatlichen Duldung derartiger Taten gleichkomme. Nach Analyse der Gründlichkeit der polizeilichen Untersuchung urteilte das Straßburger Gericht, diese sei weit davon entfernt, als zufriedenstellend bezeichnet werden zu können.

Quelle: ILGA MEDIA RELEASE
<http://www.ilga-europe.org/resources/news/latest-news/lgbti-hate-crime-romania-ecthr-april2016>

KAMERUN: INHAFTIERT WEGEN HOMOSEXUALITÄTSMORDE

EIN LGBTI-GEGNER STELLT AM 04. APRIL 2016 DEM JUNGEN HERVÉ EINE FALLE, WORAUFHIN DIESER IN DER KAMERUNISCHEN HAUPTSTADT YAOUNDÉ IM DISTRIKT EMOMBO FESTGENOMMEN WIRD

Auf der Gendarmerie wird der 25-jährige Kameruner geschlagen und kopfüber an den Füßen aufgehängt bis er die Homosexualitätsvorwürfe bestätigt. Der Prozessauftritt ist für den 12. Mai 2016 angesetzt.

Unter Folter nennt Hervé die Organisation, die ihn unterstützt. Trotz der dadurch gefährdeten Sicherheitslage, setzt sich der Präsident der Menschenrechtsorganisation Humanity First Cameroon für Hervé ein und besorgt ihm einen Anwalt. Am 13. April 2016 wird Hervé, dank der Arbeit seines Anwaltes, sowie des nationalen und internationalen Engagements zunächst frei gelassen.

Jules Eloundou von Humanity First erklärt, die Haftbedingungen für Hervé waren menschenunwürdig. Hervé wurde geschlagen und getreten. Es hat zwei

Tage gedauert bis Humanity First Cameroon durchsetzen konnte, dass Hervé mit Wasser und Nahrung versorgt wird. Während der neuntägigen Haft hat sich sein Gesundheitszustand drastisch verschlechtert. Hervé muss täglich Medikamente nehmen, zu denen er im Gefängnis keinen Zugang hatte. Der psychische Druck wächst weiter. Nach der vorläufigen Freilassung erfährt Hervé, dass sein Mietvertrag aufgelöst worden ist und die für ihn zuständige Richterin Aurélie Tekam sich höchst feindlich gegenüber nicht-heterosexuellen Personen positioniert. Während einer ersten Anhörung am 14. April 2016 äußerte die Richterin, Hervé hätte aufgrund seiner sexuellen Orientierung besser in einer Zelle bleiben sollen. Hervés Sicherheitslage und ob er frei gesprochen wird, bleibt ungewiss.

Ida Otto und Humanity First Cameroon

ANSTIEG DER MORDE IN HONDURAS GEWALT BEDROHT LGBT-MENSCHEN UND MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER_ INNEN IM ZENTRALAMERIKANISCHEN LAND

Eine Recherche von Duncan Tucker, einem SAGE-Journalisten¹, der Daten von lokalen NGOs in Honduras ausgewertet hat, kommt zu einer schockierenden Statistik:

- ▶ Zwischen 2009 und 2015 wurden in Honduras 215 LGBT-Menschen ermordet.
- ▶ 37 davon allein im Jahr 2015.
- ▶ Die meisten der Täter wurden nie angeklagt.

„Ich wurde mehrmals inhaftiert. Ich wurde wegen meines politischen Engagements gefoltert und sexualisierter Gewalt ausgesetzt und habe viele Mordanschläge überlebt.“ Dies berichtet der honduranische LGBT-Men-

schenrechtsaktivist Donny Reyes in einem Interview mit Index on Censorship². Reyes beschreibt den Staat, die Kirche und die Mainstream-Medien als ein Triumvirat, das Gesetzlosigkeit, Fundamentalismus, Machismo und Frauenfeindlichkeit über das ganze Land verbreitet, mit schwerwiegenden Folgen für die LGBT-Community.

Die Gewalt gegen LGBT-Menschen stieg nach dem Militärputsch von 2009, der den liberalen Präsidenten Manuel Zelaya entmachtete, rasant an, aber homo-, bi- und transphobe Hassverbrechen werden weitestgehend nicht wahrgenommen – sowohl innerhalb des Landes als auch auf internationaler Ebene.

Im Durchschnitt wurden in Honduras zwischen 1994 und 2008 jedes Jahr zwei LGBT-Personen ermordet. Nach dem Staatsstreich von 2009 ist die Zahl auf bis zu 31 Mordopfer pro Jahr hochgeschneit.

Peter Tatchel, LGBT-Aktivist aus London, fordert: „Die Vereinten Nationen, die OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) und internationale Hilfsorganisationen müssen mehr Druck auf die honduranische Regierung ausüben, damit diese entschieden gegen Hassverbrechen vorgeht, die Öffentlichkeit über LGBT-Fragen aufklärt und Vorurteile bekämpft. Hondurani-

sche Schulen und Medien sollten eine führende Rolle spielen im Kampf gegen den Hass, der zu derartigen Gewaltexzessen führt.“ ■

1 SAGE Publications ist ein unabhängiger Wissenschaftsverlag in den Vereinigten Staaten, der eine Reihe wissenschaftlicher Fachjournale verlegt.

2 Index on Censorship ist eine internationale Organisation, die das Recht auf freie Meinungsäußerung fördert und verteidigt. Um eine Kopie des Artikels „Rainbow Warriors: Attacks and Killings of LGBT-Activists in Honduras“ von Duncan Tucker zu erhalten, kontaktieren Sie mollie.broad@sagepub.co.uk.



Frauenrechtsaktivist_innen protestieren am 22. April 2015 vor dem Obersten Gericht in San Salvador, El Salvador für die Dekriminalisierung der Abtreibung.

EL SALVADOR: MENSCHENRECHTS-VERTEIDIGER INNEN IM VISIER

MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER_INNEN SIND IN DEN LÄNDERN AMERIKAS NACH WIE VOR GEFÄHRDET

Amnesty International hat Muster von Angriffen auf Menschenrechtsverteidiger_innen dokumentiert, zu denen Morde, versuchte Morde, Todesdrohungen, Missbrauch der Justiz für die Kriminalisierung ihrer Arbeit, Gewalt, Diskriminierung und Stigmatisierung gehören. In einem öffentlichen Bericht konzentriert sich Amnesty International auf die Situation derjenigen, die sexuelle und reproduktive Rechte in den Ländern Amerikas verteidigen. Sie stehen vor besonderen Schwierigkeiten, weil sie mit ihren Forderungen traditionelle sozio-kulturelle Normen in Bezug auf die Rolle von Frauen und Männern, Geschlechtsidentität und sexuelle Orientierung in Frage stellen.

AktivistInnen für sexuelle und reproduktive Rechte engagieren sich in einem Kontext, in dem die Bedeutung ihrer Arbeit nicht anerkannt wird. Sie beschäftigen sich mit Themen, die als Tabu betrachtet werden, wie z. B. Sexualität und Empfängnis oder die Fähigkeit, Autonomie oder Berechtigung jeder Person, eigenständige Entscheidungen treffen zu können. Daran haben auch internationale Menschenrechtsverträge

nichts geändert, die diese Rechte als Menschenrechte anerkennen.

Es gibt anhaltend viel Gewalt gegen Frauen und gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle und Trans* (LGBT). Und das wirkt sich auch auf diejenigen aus, die sich für Verteidigung und Schutz von sexuellen und reproduktiven Rechten von Frauen und für das Recht auf Nicht-Diskriminierung wegen sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität von LGBT einsetzen. Sie werden selbst angegriffen.

Stellvertretend sei hier vom Fall der am 31.5.15 in El Salvador ermordeten Trans*-Aktivistin und Verteidigerin der Menschenrechte Francela Méndez berichtet: Francela war Mitglied des Vereins Colectivo Alejandría, eine Organisation, die sich den Menschenrechten von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans* und intersexuellen Menschen widmet. Sie war außerdem Teil des salvadorianischen Netzes von Menschenrechtsverteidiger_innen Red Salvadoreña de Defensoras de Derechos Humanos.

Auf Grund der Arbeit von Francela Méndez als Aktivistin und Verteidigerin von Menschen aus dem Kreis von LGBT werden die salvadorianischen Behörden dazu aufgerufen aufzuklären, ob das Verbrechen mit ihrem Engagement zusammenhängt und aufgrund ihrer Geschlechtsidentität geschah. Der Tod von Frances Méndez ist, gemäß Medienberichten, der zehnte Mord an einer Trans*frau in der ersten Jahreshälfte 2015.

Der Mord an Francela Méndez darf nicht in Straflosigkeit enden. Der Staat El Salvador muss eine Untersuchung garantieren, die unparteilich, effektiv und frei von Diskriminierung stattfindet. Außerdem muss der Staat den Schutz der LGBT-Gemeinschaft garantieren.

Am 8. Juni 2015 beantragte eine Gruppe von Abgeordneten des Parlamentes die Einführung von Strafver-

schärfungen für Tötungsdelikte und Todesdrohungen, in Anerkennung der Umstände, dass „Verbrechen auf Grund von Intoleranz und Hass, insbesondere gerichtet gegen Menschen aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Identität und deren Ausdruck [gender expression] oder der sexuellen Orientierung“ strikt untersucht und bestraft werden müssen. Die Maßnahme würde die Strafe für Verbrechen erhöhen, die auf Grund diskriminierender Faktoren begangen wurden. Amnesty International fordert vom Staat El Salvador, die aktive und effektive Mitarbeit von LGBT-Gruppen und von Organisationen beizubehalten, die sich für den Schutz und die Förderung ihrer Rechte bei der Diskussion der vorgeschlagenen Reformen einsetzen.

Mehr Informationen unter:

www.ai-el-salvador.de/menschenrechtsverteidiger.html

DIE GENERALESEKRETÄRIN VON AMNESTY INTERNATIONAL DEUTSCHLAND BEI DER TEDDY- PREISVERLEIHUNG

SELMIN ÇALIŞKAN SPRICHT ANLÄSSLICH DER PREISVERLEIHUNG ÜBER DIE SITUATION GEFLÜCHTETER LGBT-MENSCHEN

Das Interview mit Selmin Çalışkan erschien in der Süddeutschen Zeitung (SZ) am 20. Februar 2016.

SZ: In Deutschland glauben viele, dass Flüchtlinge vor allem dann geschützt werden müssen, wenn sie aus Kriegsgebieten kommen. Sie sagen, es gibt noch weitere Bedrohungen.

Selmin Çalışkan: Ja, zum Beispiel wenn man schwul, lesbisch oder transsexuell ist. Dann ist man in sehr vielen Ländern dieser Welt besonderen Gefahren ausgesetzt. Viele Länder haben sogar ein Gesetz gegen Homosexualität. Zum Beispiel Tunesien. Es gibt dort ein Strafgesetz, das homosexuelle Handlungen und sogenannte Unanständigkeiten verbietet.

Was droht dann?

Mindestens drei Jahre Haft.

Wird das Gesetz auch angewendet?

Wir haben zurzeit sechs Männer, die deshalb in Tunesien verhaftet wurden. Fünf davon haben keinen Rechtsbeistand für die Gerichtsverhandlung. Besonders schlimm: Ihnen wurde eine sogenannte Anal-Untersuchung aufgezwungen. Die ist ohne deren Zustimmung passiert. Nach internationalem Recht ist das Folter.

Welche Erfahrungen machen homosexuelle Menschen auf ihrer Flucht?

Wenn man schon im Herkunftsland zu einer diskriminierten Gruppe gehört, dann wird es auf der Flucht erst mal nicht leichter. Weil man unterwegs auf die Solidarität ►►



250 Aktivist_innen forderten 2015 Angela Merkel und die anderen Regierungschefs der EU vor dem Bundeskanzleramt in Berlin auf, eine umfassende Seenotrettung im Mittelmeer einzurichten, darunter Selmin Çalıskan, Generalsekretärin von Amnesty International in Deutschland und der Schauspieler Benno Fürmann.

der anderen Flüchtlinge angewiesen ist, um überhaupt durchzukommen. Vor allem, wenn man alleine flieht. Ich vermute, dass viele eher nicht sagen, dass sie homosexuell sind, um ihr Leben auf der Flucht nicht zu gefährden. Weil sie wissen, dass Homosexuelle gehasst werden.

Wenn diese Menschen bei der Asylbewerbung ihre Fluchtgründe angeben, wäre es aber ein Grund, bleiben zu dürfen.

Bei der Anhörung ist das Wichtigste die eigene Geschichte. Da ist es entscheidend, dass eine vertrauensvolle Atmosphäre geschaffen werden kann. Es kommt besonders darauf an, dass Anhörer und Dolmetscher sensibilisiert sind für Menschenrechtsverbrechen an Homosexuellen und Transgender-Personen.

Sind sie das bisher denn?

Sehr selten. Es fallen während der Anhörungen sogar diskriminierende, homophobe Äußerungen.

Müsste man die Definition von sicheren Herkunftsstaaten also überdenken?

... Was Amnesty daran bemängelt, ist: Man fährt die Standards runter, höhlt das Asylrecht aus. Von Asylopaket zu Asylopaket. Schwule, Lesben, Bisexuelle und Transgender-Menschen gehören schon in ihren eigenen Gesellschaften zu den verletzlichsten. Sie werden noch mehr durch die Raster fallen und überhaupt keinen Schutz mehr bekommen. Erst 2013 gab es das Urteil des europäischen Gerichtshofs. Damals wurde klar, dass es ein Asylgrund nach der Genfer Flüchtlingskonvention ist, wenn man aufgrund seiner sexuellen Identität und Orientierung in seinem Heimatland verfolgt wird.

URL: <http://www.sueddeutsche.de/kultur/berlinale-teddy-award-sie-wissen-dass-homosexuelle-gehasst-werden-1.2872629>

IMPRESSUM

POSTANSCHRIFT

QUEERAMNESTY Themenkoordinationsgruppe | Amnesty International e.V.
Zinnowitzer Straße 8 | 10115 Berlin

GRUPPENSPRECHER

Rupert Haag, info@queeramnesty.de

SPENDENKONTO

Amnesty International, Stichwort: "Spende Gruppe 2918"
Bank für Sozialwirtschaft Köln, BIC: BFSWDE33XXX
IBAN : DE23 3702 0500 0008 0901 00

IN KOOPERATION MIT

Amnesty International Schweizer Sektion, Gruppe Queeramnesty
Spendenkonto: Postkonto 82-645780-9

Amnesty International Österreich, Gruppe Queeramnesty
Spendenkonto: A1 Österreich
PSK 1.030.000, BLZ 60.000, Verwendungszweck: Netzwerk LGBTI-Rechte

Chefredaktion: Colin de la Motte-Sherman (V.i.S.d.P.)
Redaktionelle Mitarbeit: Claude Beier
Layout: Claudia Becker
Druck: DRUCKSTUDIO, Werbeagentur der Druckhaus Frankfurt GmbH,
Lindenallee 30, 15890 Eisenhüttenstadt
Auflage: 4.000 Exemplare

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung von Amnesty International oder der Redaktion wieder.

BEZIRKSGRUPPE BERLIN

Stephan Cooper, Tel: 030/796 28 74 oder 0179 / 679 36 78
berlin@queeramnesty.de | www.queeramnesty-berlin.de

BEZIRKSGRUPPE FREIBURG

queer@amnesty-suedbaden.de

BEZIRK FRANKFURT/M.

Burkhardt Riechers
burkhardt.riechers@t-online.de

BEZIRKSGRUPPE HAMBURG

info@queeramnesty.hamburg
www.queeramnesty.hamburg

BEZIRKSGRUPPE KÖLN

Judith Kopka | koeln@queeramnesty.de
www.queeramnesty-koeln.de

BEZIRKSGRUPPE LEIPZIG

queeramnesty.leipzig@gmx.de

BEZIRKSGRUPPE MÜNCHEN

Flu Bäurle, Tel: 0176 / 77 51 73 01
muenchen@queeramnesty.de

ÖSTERREICH

A-WIEN

Queeramnesty Österreich | Moeringgasse 10 | 1150 Wien
Tel: 0043 1 7 80 08 | Fax: 0043 1 7 80 08 44 | queer@amnesty.at
www.queeramnesty.at

SCHWEIZ

CH-BERN

Queeramnesty | Postfach | CH-3001 Bern
info@queeramnesty.ch | www.queeramnesty.ch

Bitte helfen Sie uns
Kosten zu sparen, und
abonnieren Sie den
Rundbrief als PDF
Schreiben Sie uns einfach
eine Nachricht an:
rundbrief@queeramnesty.de